

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruckerei: Dresdner Nachrichten
Verlagsnummer 25 241
Telefon-Nr. 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung oder durch die Post bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 21,- M., vierteljährlich 63,- M.
Die einpolige 2. und 3. Klasse 5,- M. Mit Familienangehörigen, Anzeigen unter
Erdell- u. Wohnungsanzeigen, 1 polige 4,- u. 2. Klasse 2,- M. Bezugsplätze laut
Zahl. Auswärtige Beiträge gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 1 M.

Schreib- und Anzeigengeschäft:
Bismarckstraße 38/40.
Druck u. Verlag von **Leipold & Reichardt** in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Stadtdruck nur mit besond. Genehmigung („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Brautausstattungen
Einzelmöbel in allen Preislagen

27 Kamenzer Straße
Straßenbahn. 5

J. A. BRUNO
KÖNIG

Kamenzer Straße 27
Telephon 22667

BANKHAUS HERMANN SCHULZ,
Fernaussprecher: Kommanditgesellschaft Fernsprecher:
14028, 14034, 14038 12 Schreiberbasse 12 Fernverkehr 20804

Sämtl. bankmäßigen Geschäfte. Finanzielle Beratung

Leinenhaus **F. A. Horn** Ferdinandstr. 3
Daunendecken — Steppdecken
Bett-Wäsche — Leib-Wäsche — Tisch-Wäsche
Lieferung vollständiger Ausstattungen in kürzester Zeit

Poincaré zum deutsch-russischen Vertrag.

Maßlose Lügen über Deutschland.

Frankreichs Friedfertigkeit — Deutschlands Revanchehoffnung.

Paris, 24. April. Bei Eröffnung des Generalkongresses des Ratsdepartements hielt Ministerpräsident Poincaré heute vormittag als Vorsitzender in Bar-le-Duc eine Rede, in der er etwa folgendes ausführte:

Wir Franzosen der Grenzgegend waren bis zum Augenblicke des deutschen Angriffes stets dem Frieden tief ergeben und haben alles getan, um den Krieg zu vermeiden. Weil wir Grenzprovinzen sind, haben wir die schrecklichen Gefahren eines bewaffneten Konfliktes erkannt. Nun hat nach dem Siege der Friedensverträge von Versailles bestimmt, daß die Kriegskosten zu Lasten der siegreichen Völker gehen, er hat aber wenigstens festgelegt, daß die vom Feinde auf unserem Gebiete verursachten Schäden und die Pensionen der Witwen und Verwundeten zu Lasten Deutschlands gehen. Es wurde im Vertrag auch bestimmt, daß Deutschland entwaffnet und endgültig zur militärischen Charnacht verurteilt werden solle. Wenn diese Klauseln richtig angewendet worden wären, würde Frankreich befriedigt sein, denn es würde dadurch zum größten Teil seiner erlittenen finanziellen Schwierigkeiten ledig und hätte die Freude, endlich seine Sicherheit garantiert zu sehen. Mehr verlangte es nicht. Es sei ein fähiges Thema in verschiedenen Ländern, Frankreich des Imperialismus anzuklagen und ihm erobertes, lustige Hintergedanken zuzuschreiben. Es gäbe keinen einzelnen französischen Politiker, der von Annexionen träumt habe. Keiner von uns würde sich jemals entschließen haben, den Krieg zu herbeiführen ohne Erfolg und Vorklagen wieder zu erlangen, aber keiner hätte auch den tollsten Gedanken gehabt, gegen ihren Willen fremde Besitztümer Frankreich anzuverleihen. Aber wer wird nicht selbst noch dem

die notwendigen Anstrengungen machen will, um sich seiner Schulden zu entledigen. Was sich in Genoa ereignet hat, bestätigt in selbster Weise alles, was wir über den Selbstzustand eines großen Teiles des Deutschen Reiches

gewußt haben und worüber ich mich in den letzten Tagen noch vor der Kammer ausgesprochen habe. Sind wir dem deutsch-russischen Vertrage — ja oder nein? — geheime Klauseln verbunden? Gibt er als Schutzwall für politische oder militärische Abmachungen? Auf alle Fälle vollzieht er eine Annäherung, die morgen eine direkte Bedrohung gegen Polen und eine indirekte Bedrohung gegen Frankreich werden kann. Die öffentliche Meinung Frankreichs, sagte Poincaré weiter, habe begriffen, daß die Annahme des Vertrages, besonders unter den Bedingungen, unter denen er erfolgt ist, sofort die Zerrung der Konferenz von Genoa hätte noch sich ziehen müssen. Die Alliierten hätten indessen, ihrem Zwecke noch Kluge und Mäßigkeit entgegen, das Mögliche getan, um einen Bruch zu vermeiden. Die französische Delegation habe von neuem ihren lokalen Wunsch zur Mitarbeit gezeigt und sich der nachdrücklichen Aktion angeschlossen. Wenn aber die französische Delegation in Genoa ihren friedlichen Geist und ihre entgegenkommenden Absichten nicht durchzuführen könne, dann werde sie es bedauern, ihre Mitarbeit in einer Konferenz nicht fortsetzen zu können, für die sie wenigstens verlangt habe, den Erfolg vorzubereiten und sicherzustellen. Aber wie auch immer die Haltung Deutschlands und Anshands sein mag, es sei nunmehr eine politische Situation geschaffen, die notwendig erlaube,

das europäische Gleichgewicht zu kompromittieren und vielleicht umzukürzen, der man nicht mit Hilfe von wirtschaftlichen oder finanziellen einfachen Formeln, selbst nicht durch große internationale Verhandlungen, begegnen könne. Jeder Panfkonjunktur noch noch so gelehrte Empfehlungen über die Wechselkurse und Transportfragen können den Weltfrieden auf einer dauerhaften Grundlage anfrischen.

Ministerpräsident Poincaré glaubt eine der treibendsten Kräfte bei einem großen Teil der deutschen Bevölkerung sei die Revanchehoffnung.

Bei den Bolschewiken sei der leitende Gedanke, den Völkern ein neues Evangelium zu bringen. Gegenüber einem derartigen Zustande, der durch das Abkommen von Rapallo grell beleuchtet werde, könne man nur auf die Anwendung der moralischen Kräfte beharren. Frankreich werde in Genoa nur unter der Bedingung bleiben, daß keinerlei Konvention, weder an Deutschland noch an Sowjetrußland gemacht würden. Frankreich werde sich sehr genau an den Inhalt seines Memorandums halten, was immer auch aus der Konferenz geschähe. Wir werden ohne Bezug auf andere Alliierten die durch die deutsch-russische Konvention geschaffene neue Lage zu prüfen und daraus alle Konsequenzen zu ziehen haben, sowohl was den Mangel des Friedensvertrages anbetrifft, als auch was die Zukunft Europas und die Erhaltung des Friedens verlangt. Was uns betrifft, schloß Poincaré, so sind wir auf alle Fälle entschlossen, das festzuhalten, was uns ein Vertrag gegeben hat, den unsere Väter mit ihrem Blute bezahlt haben. Zum Schluß appellierte Poincaré an die Einigkeit der Franzosen. (W. T. V.)

Der Beifall der französischen Presse.

Paris, 24. April. Einige Abendblätter besprechen bereits die Rede Poincarés vor dem Generalkongress des Ratsdepartements. „Le Temps“ nennt sie eine Rede großen Stiles, in der alles, was im gegenwärtigen Augenblicke gesagt werden mußte, mit der unerläßlichen Kraft und mit vollendeter Rastlosigkeit ausgesprochen sei. Sie sei eine gewichtige und wohlüberlegte Rede, in der das Recht Frankreichs klar ausgesprochen und mit Festigkeit betont werde und in der seine Interessen in gerechter Weise verteidigt würden, ohne daß irgend etwas darin gesagt sei, was gegen die Wahrheit verstohe oder die berechtigten Interessen der anderen Nationen verletzen könne. Auch „Journal des Débats“ erklärt, Poincaré habe in maßvoller und seltenen Zügen die Grundlinien einer Politik gekennzeichnet, die man in der Folge durchführen müsse. Diese Politik sei vollkommen inspiriert von der Anwendung des Friedensvertrages. Die nationalitäre „Liberté“ nennt die Rede einen Akt der Entschlossenheit. Er beunruhigt nicht die Alliierten und Deutschland, daß Frankreich nicht die Waffen seiner Hand entsallen lasse, die es aus einem Vertrage herleite, der von allen Siegern gegengezeichnet sei. Die Warnung sei nunmehr offiziell erfolgt. Der Vertrag gebe den Alliierten das Recht, Sanktionen zu nehmen. Frankreich werde sie allein nehmen, wenn die Alliierten versagten. Diese Gelegenheit biete sich am 31. Mai. Deutschland sei nun einer Entscheidung gegenübergestellt, die mit Strenge angewendet werde. Diese Politik der Entschlossenheit und Mäßigkeit sei keine Kriegspolitik, sondern die einzige Politik, durch die der Frieden sichergestellt werde.

Poincarés Rede, ein Ultimatum an Deutschland.

London, 24. April. Die Abendpresse, die die heutige Rede Poincarés in Bar-le-Duc in kurzen Auszügen veröffentlicht, bezeichnet sie als ein Ultimatum an Deutschland. — Nach dem „Evening Standard“ wird die Rede hauptsächlich die allernächste europäische Lage veranschaulichen. (W. T. V.)

Nebenkriegsjchaupläne.

Die Kontrollnote der Völkerverkonferenzen.

Während sich auf dem Hauptkriegsjchauplan in Genoa sämtliche ersten Staatsmänner Europas bemühen, statt der zahlreichen von Barthou herausgebrachten Konflikte sachliche Ergebnisse zu erzielen — soweit das bei Frankreichs Widerstand überhaupt möglich ist —, läßt Poincaré, der Dabeimgeliebte, keine Truppen auf den Nebenkriegsjchauplänen aufmarschieren, um für die bevorstehenden großen Auseinandersetzungen nach Genoa das Heft in der Hand zu haben. Er hat es bereits erreicht, daß die von den Genueser Sachverständigen in unserem Sinne entschiedene Frage des deutsch-russischen Vertrages der verständigungsberreiten Atmosphäre von Genoa entzogen wurde, er macht für diesen Zweck Völkerverkonferenz und Reparationskommission mobil. Er hat durch die hinabgerende und doch abschneidende Antwort in der Reparationsfrage das Schwert geschliffen und trotzdem erreicht, daß man in Deutschland vor lauter Genoa-Hoffnungen das Unwetter nicht sieht, das sich mit der 50-Goldmillionszahlung am 15. Mai zusammenballt und um die Wende des Bonnenmonds mit der Richterkilling der 80-Milliarden-Steuerforderung bis zum 31. Mai niederzusenken muß. Er hat außerdem eine neue Waffe geschmiedet, die die dauernde Ausschaltung Deutschlands aus der Flugzeug- und Luftschiffindustrie der Welt und eine dauernde Industriespionage ermöglicht und trotz des Versailles-Vertrages das Zentrum der Militärkontrollkommissionen verewigen soll: Poincaré kämpft mit den wirksamsten ausländischen Paragrafen von Versailles, wo er glaubt — wie gegen den deutsch-russischen Übervertrag — einen Schlag gegen Deutschland führen zu können, er versucht — wie in der neuen Note über Flugzeugbau und Kontrollkommissionen — die Wiederholung der Vertragsbestimmungen zu erzwingen, wenn es ihm ratsam erscheint.

Wenn man dem Bericht der Unterkommission für Aufsicht der Washingtoner Konferenz folgt, so ist das schnelle Beförderungsmittel des Flugzeuges und des Luftschiffes ein wertvoller Faktor, um eine friedliche Verständigung der Völker zu ermöglichen, und jedwede Hemmung oder Beschränkung der Handelsluftfahrt ist nach diesem Bericht unangebracht. Die neueste Note der Völkerverkonferenz spricht aber nicht nur diesem Ergebnis der Washingtoner Konferenz ab, sondern ebenso den mehrfachen Versicherungen des Obersten Rates, der deutschen Flugzeugindustrie seine Hindernisse entgegenzusetzen zu wollen. Wir werden nunmehr nach dem 3. Mai ein paar Flugzeuge mehr in dem bisher sehr veredelten Luftraum über Deutschland anheften können, wir werden auch einige in Ostern und Leistungsfähigkeit veraltete Flugzeuge bauen dürfen, aber eine Konkurrenz mit der ausländischen Luftfahrt und dem ausländischen Flugzeugbau ist für uns nicht mehr möglich. Eine Erwägung der deutschen Flugzeugindustrie, die einem Fortbestand des bisherigen Bauverbotes nahezu gleichkommt, ist die Folge, aber aus der Zweck der neuen Begriffsbestimmung über volle und Militärflugzeuge. Man kann sich damit einverstanden erklären, daß Flugzeuge mit Panzerung oder einer Verkleidung, die gestattet, irgendeine Bewaffnung anzubringen, als verbotene Militärflugzeuge bezeichnet werden; kann sich wiederum auch noch damit abfinden, daß Sportflugzeuge, Einflieger, mit mehr als 90 Pferdekraften verboten sind. Niemals aber kann man zugeben, daß alle solche Flugzeuge, die über die heute in den Entente-Ländern geltenden Mindestleistungen hinausgehen, für uns Militärflugzeuge sein sollen. Die Höchstgeschwindigkeit von 170 Kilometer in der Stunde für Verkehrsflugzeuge scheint auch im Augenblicke den Luftverkehr in Deutschland nicht unmittelbar zu bedrohen, sie ist aber zu gering, wenn das Ausland Flugzeuge mit 310 Kilometer Leistung fliegt und wenn man heute schon mit neuen Typen zu 500 Kilometer rechnet. Auch die Höchste Steigungsgrenze von 4000 Meter entspricht der heutigen Mindestleistung in anderen Ländern, sie ist zu niedrig, wenn man bedenkt, daß Luftfahrzeugverständige daran arbeiten, durch Flüge in bei 8000 Meter erheblich dünneren Luftschichten mit geringerem Luftwiderstand gewaltige Leistungen zu erzielen. Am einschneidendsten aber sind die Bestimmungen, daß unsere Höchstleistungen an Betriebshöhe nur für etwa drei Stunden ausreichen dürfen und die Höchstnutzlast auf 600 Kilogramm festgesetzt ist. Heute bereits werden ununterbrochene Flugleistungen von über 20 Stunden erzielt, und gerade in den letzten Unterbrechung und ohne die bedeutenden Seit- und Betriebsstoffverluste durchgeführte Flüge können die Haupt-sächlichsten Vorteile des Flugdienstes. Wenn man aber ferner die Nutzlast auf 600 Kilogramm festsetzt, von der noch das Gewicht des Fahrpersonals und der Instrumente abgezogen werden muß, so bleibt für die eigentliche wirtschaftliche Nutzlast, für bezahlende Passagiere oder für Fracht nur wenig übrig, und ausländische Flugzeuge mit 2000 oder amerikanische Riesenflugzeuge sogar mit etwa 4000 Kilogramm Nutzlast werden weit wirtschaftlicher arbeiten können, als die unter den Höchstleistungen verfahrenen deutschen Maschinen. Auch die Höchstgrenze für starke Luftschiffe mit 30000 und baldstarke mit 25000 Kubikmeter bleibt heute bereits um mehr als die Hälfte hinter

Abschluß des Abkommens von Rapallo

die Unflughheit empfinden, die darin besteht, zu reich abzuarbeiten? Schon seit längerer Zeit hätten sich zwischen Deutschland und den Bolschewiken Sympathien angeknüpft, die seit dem Abkommen von Rapallo in das helle Sonnenlicht gerückt worden seien. Wie viele Leute, die aus ihrer Kluge aufgeschreckt worden seien, würden nun erkennen, daß das Kabinett recht gehabt habe, für den Augenblick an der 18 monatigen Dienstzeit festzuhalten! Wenn wir aufmerksamer das verfolgen, was sich bei unserem blühenden Nachbar ereignet, sehen wir immer noch auf dem Gebiete des Deutschen Reiches Polizeikräfte, aufammengelehrt aus ehemaligen Unteroffizieren, die jedoch bereit sind, sich vom Abend zum Morgen in militärische Kadres umzubilden. In Obereschleien, wo die Interalliierte Kommission noch für einige Wochen die souveräne Gewalt in Händen hat, sind Waffendepots, die aus den deutschen Provinzen dort zusammengetragen und unter trauischen Umständen dort entdeckt worden sind. Die Nachforschungen haben Attentate hervorgebracht, die augenblicklich Gegenstand einer gerichtlichen Untersuchung sind und

erfordern. Alles vollzieht sich also so, als wenn die Alliierten die Gelegenheit erforderten, um früher oder später in einer der Provinzen Unruhen hervorzurufen und durch Gewalt die Deutschland durch den Friedensvertrag gewonnenen politischen Gebiete zurückzuerobern.

Poincaré fuhr in seiner Rede fort: Welchen Eifer auch die von General Kollet geleitete Lieberwunderskommission entwickelt habe, ihre Arbeit sei noch nicht vollendet, und es sei ganz unerlässlich, daß die Alliierten in Deutschland noch umfangreiche Kontrollmittel über die Luftschiffahrt, die militärischen Organisationen und die Bewaffnung besäßen. Er, Poincaré, könne nicht genug wiederholen, daß Frankreich von ganzem Herzen auf den Augenblick warte, in dem es entwaffnen könne, aber Deutschland müsse zuerst wirklich und vollkommen entwaffnet sein. Was die Reparationen

anbetrifft, von denen nicht nur das Schicksal der verwitweten Departements, sondern die Wiederherstellung von ganz Frankreich abhängt, so näherte man sich einem Verfallstage. Vor dem 31. Mai habe Deutschland die Verpflichtung, sich dem Programm unterzuordnen, das die Reparationskommission aufgestellt habe, d. h. sich zu verpflichten, einen Komplex von neuen Steuern zu votieren und eine internationale Kontrolle über seine Finanzen anzunehmen. Wenn Deutschland widerstehe und wenn zur festgesetzten Stunde die Reparationskommission

eine Verleumdung

festzusetzen hätte, hätten die Alliierten das Recht und insbesondere auch die Pflicht, zum Schutze ihrer Interessen Maßnahmen zu ergreifen, von denen es unzweifelhaft wünschenswert wäre, daß sie nach gemeinsamen Abkommen unter ihnen angenommen und angewendet würden, die aber nach dem Wortlaut des Vertrages übrigens auch von jeder der interessierten Mächte allein ergriffen werden könnten und die Deutschland nach dem Versailles-Vertrag nicht als einen Akt der Feindseligkeit ansehen dürfte.

Wir würden sehr gern, bei dieser Gelegenheit die Zusammenarbeit aller Alliierten aufrechtzuerhalten, aber wir werden in voller Unabhängigkeit die Sache Frankreichs verteidigen, und wir werden auch nicht einen Augenblick die Waffen lassen, die uns der Vertrag in die Hand gegeben hat. Wir werden es nicht dulden, daß unser alliiertes Land unter dem Gewichte der Reparationen zusammenbricht, an der Seite eines Deutschlands, das nicht

Schluß der Genua-Konferenz am 2. Mai?

Lloyd George drängt.

Berlin, 24. April. In der Nacht von gestern auf heute hat Lloyd George, wie der „Post“ (Zit.) aus Genua gemeldet wird, den Präsidenten der italienischen Delegation die Facta wissen lassen, daß er gewissam sei, am Ende der Woche Genua zu verlassen, da er bei dem Besuche des englischen Königspaares in Belgien anwesend sein müsse. De Facta verleiht Lloyd George diese Absicht auszureden, da die Arbeiten der Konferenz einen so baldigen Abschluß nicht gestatten. Man soll nach längerer Besprechung dahin übereingekommen sein, die Konferenz offiziell am Dienstag, den 2. Mai, mit einem sehr feierlichen Schlußakt zu beenden, da man bis dahin das noch vorliegende Material soweit bearbeitet zu haben glaubt, daß der Rest von speziellen Kommissionen auch außerhalb Genuas werde erledigt werden können.

Der Korrespondent will ferner wissen, daß Poincaré zu diesem Schlußakt selbst nach Genua kommen werde.

Um das Wort zu ergreifen und daß in dieser feierlichen Schlußklausur auch verhandelt werden solle, daß sich die einladenden und eingeladenen Mächte darüber einig sind, daß ein Angriff irgendeiner Macht gegen das Territorium einer anderen in Zukunft als dem Geiste von Genua und Genua widersprechend auf den Tadel und die Zurückweisung der ganzen Welt stoßen würde.

Daß die Konferenz ihrem Ende entgegengeht, wird auch von anderer Seite fast allgemein angenommen. Doch möchte man bisher, daß die Dauer doch nicht unter 14 Tagen sein werde.

Belgien und Sunaris abgerufen.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“). Genua, 24. April. Der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen ist nach Budapest abgereist. Die Führung der ungarischen Delegation wurde vom Grafen Balfiu, dem Minister des Inneren, übernommen. Auch der arabisch-orientalische Ministerpräsident Sunaris ist gestern von Genua nach Griechenland abgereist. Die Präsidentschaft der Delegation hat der arabisch-orientalische Handelsminister übernommen.

Genua, 24. April. Ministerpräsident Theunis ist nach Brüssel abgereist, um beim Beginn der parlamentarischen Session auszureisen. Die Führung der belgischen Delegation übernimmt der Minister des Inneren Jasper. (wib.)

Die drei Entwürfe für die Note an Deutschland.

Paris, 24. April. Für die gestrigen Beratungen in Genua, welche die neun Mächte abhielten, um die Antwort an die deutsche Delegation festzustellen, hatte Barthou dem Korrespondenten des „Echo de Paris“ zufolge den Entwurf einer Antwort vorbereitet, hätte sich aber wohl den Entwurf vorzuziehen. Dann er hätte dem italienischen Minister Schanzer Gelegenheit gegeben, den Text seines Berichtes vorzulegen, der noch viel weiter vom französischen Standpunkte entfernt gewesen sei als der englische Text. Deshalb beantragte sich die französische Delegation damit, in den Text die Bestimmungen einzufügen zu lassen, daß die Mächte sich vorbehalten, den deutsch-russischen Vertrag daraufhin prüfen zu lassen, ob er mit den bestehenden Verträgen im Einklang zu bringen sei. (W. T. B.)

Allgemeine Unzufriedenheit in Frankreich.

Paris, 24. April. „Echo Nationale“ spricht von einem neuen Zurückweichen Barthous in Genua. Er habe seinen Entwurf vor dem Lloyd Georges zurückgezogen, dessen Ton immer unannehmbare werde. Alle diejenigen, welche ihr Leben der Entente cordiale widmeten, müßten im Interesse dieser Entente erklären, daß sie in gleicher Weise durch den Vorkriegswahn Lloyd Georges wie durch die Jaghaftigkeit der französischen Delegation isoliert werde. Auch der „Matin“ ist unzufrieden und sagt: In Genua heißt es: Laßt den Kontinent untergehen, aber rettet die Konferenz. — „Welt“ (Paris) schreibt: Der Geist der Konferenz in Genua nehme eine schlechte Wendung. Lloyd George gebrauche unglückliche Worte. Er scheine jeder französischen Initiative mit Mißtrauen zu begegnen. Das Blatt fordert Lloyd George auf, Vertrauen in das traditionelle Einigenkommen Frankreichs zu haben und sich in eine Atmosphäre zurückzuversetzen, in der er seine großen Ziele davongetragen habe, um die französische Seele und die Mentalität des französischen Volkes zu verstehen, das mehr als jedes andere gelitten, mehr als jedes andere zur Befreiung beigetragen haben. — Auch das „Journal“ ist unzufrieden und findet sogar den von Barthou beantragten Zusatz unbedeutend. Denn schon erkläre eine neuer Note, die englische Note sei, daß der Vertrag von Rapallo nichts mit dem Vertrage von Versailles zu tun habe. (W. T. B.)

Der „ausichtslose“ Kampf Poincarés.

Paris, 24. April. Der frühere Sekretär des einflussreichen Ministers des Inneren Bonotaux, St. Pinauquet, der im „Journal“ unter dem Pseudonym St. Price schreibt, erklärt den Bruch der Entente für unvermeidlich. Er gehört zu den Pressevertretern, die regelmäßig von Poincaré empfangen werden. Er äußert im „Journal“ die Ansicht, daß hinter den geistigen Vorgängen in Genua die von Poincaré eröffnete Kampagne für Annullierung des Rapallovertrages ausichtslos sei. Lloyd George erhebt noch seiner Ansicht eine starke Verabfolgung der deutschen Schuld und die Entwaffnung Frankreichs.

Berlinprophezeien.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“). Paris, 24. April. Berlinprophezeien im „Echo de Paris“. Durch seine Erklärung zu Beginn der Konferenz der alliierten Delegierten lasse Lloyd George durchblicken, daß er selbst mit einem Bruch der Entente cordiale rechne, daß er glaube, es werde früher oder später zu einem offenen Konflikt kommen, und daß er nicht nachgeben werde. Man könne in den nächsten Tagen neue Ueberwachungen erwarten.

„Der Selbstmord Frankreichs.“

London, 24. April. Garvin schreibt dem „Observer“ aus Genua: Wenn es zum Bruch kommen sollte, so liege die Verantwortung allein bei Frankreich. Es bestände die Gefahr, daß die Konferenz von Paris aus torpediert werde. Die Vorwürfe für ein solches Verhalten embletlich jeder Begründung. Kein Wort in dem Berichte von einer militärischen Konvention zwischen Deutschland und Rußland sei wahr. Die Torpedierung der Venetianer Konferenz würde nach Ansicht Garvins den Selbstmord Frankreichs bedeuten. Denn Großbritannien könne nicht allein aus Sympathie mit Frankreich ebenfalls Selbstmord begehen. Genua bedeute einmüde den Beginn eines neuen Europas oder das baldige Ende der Entente. Garvin hält es für möglich, daß Polen trotz der Haltung der französischen Regierung einen Sondervertrag mit Rußland schließen werde.

Der Vertrag von Versailles unverletzt.

Paris, 24. April. Der Sonderberichterstatter der „Gazette“ schreibt, er könne erklären, daß England und Italien nicht ohne weiteres einwilligen würden, die Frage des Vertrages von Rapallo der Vorkonferenz zu überlassen. Vor allen Dingen werde es notwendig sein, den französischen Protest wohl zu begründen. Wisse man doch in Genua, daß der juristische Sachverständige des Foreign Office, Sir Cecil Hurst, den Standpunkt vertreten, der Vertrag von Rapallo stelle keine Verletzung des Vertrages von Versailles dar. Der italienische Sachverständige Senator Celatoja, der ehemalige italienische Minister des Inneren, stehe auf demselben Standpunkte. Der französische Sachverständige Fromageot (siehe noch keine richtige Stellungnahme gefunden zu haben. Unter diesen Umständen sei Barthous Gegenoffensive als ein Sabotageversuch angesehen worden. Hierbei habe Frankreich nichts zu gewinnen, wenn diese Gegenoffensive nicht als Vorspiel zu der in Paris zu erwartenden Abreise gelte. (W. T. B.)

London, 24. April. Eine Reutermeldung aus Genua besagt: Die britische Ansicht bezüglich der Behauptung, daß der deutsch-russische Vertrag einen Bruch des Vertrages von Versailles bedeutete, sei die, daß der neue Vertrag mit dem Versailles-Vertrage nichts zu tun habe. Es werde dargelegt, daß die russische de facto-Regierung ein Abkommen mit Deutschland schließen könne, das in dem Teile Rußlands Gültigkeit habe, der sich unter dem Sowjetregime befinde, daß der Vertrag über keinerlei Anwendung in Ländern finden könne, die sich früher unter der kaiserlich-russischen Regierung befanden, legt jedoch eine Zugehörigkeit de facto oder de jure zu Rußland nicht mehr anerkennend. (W. T. B.)

Die Verhandlungen der russischen Unterkommision.

Berlin, 24. April. Nach Abendung der zweiten Note der Alliierten und der kleinen Entente an die deutsche Delegation fand, wie die Wälder aus Genua melden, eine Sitzung der politischen Unterkommision für die russische Frage statt. Ministerpräsident de Facta erklärte, daß das russische Memorandum nicht den Charakter einer offiziellen Note trage, sondern nur eine Propagandaskizze sei. Wahrscheinlich sei nur die letzte Note Tischlerins. Die Kommision beschloß, das Memorandum als nicht bestehend zu betrachten. Am Nachmittag traten die Sachverständigen zu Einzelbesprechungen über die Londoner Vorschläge zusammen. Die Russen, die ihre Note den Verhandlungen zurunde legen wollten, wurden abgestimmt. Die Sachverständigen erließen darauf die Artikel 1 bis 7 des Londoner Memorandums.

Falsche Gerüchte über eine ungarisch-russische Militärkonvention.

Genua, 24. April. Die ungarische Delegation dementiert formell die Meldung, wonach Ungarn eine Militärkonvention mit Sowjetrußland abgeschlossen haben soll. (W. T. B.)

Keine Genugtuung für die Beleidigung der deutschen Delegation?

Berlin, 24. April. Die Tatsache, daß die letzte Note der neun Mächte an Deutschland unzureichend und beantwortet werden soll, wird verschiedentlich beurteilt. Es fehlt nicht an Stimmen, die sich dagegen wenden, daß der neuen die deutsche Regierung ergebene Antwort, Angaben gemacht zu haben, für die nicht der Schwart eines Beweises vorliegt, unabweisbar bleiben soll. Es werde zwar der Vorwurf der Unbilligkeit nicht wiederholt, der der Unvollständigkeit aber werde auch in gemilderter Form aufrecht erhalten. Von anderer Seite wird geltend gemacht, daß eine Fortsetzung der fruchtlosen Auseinandersetzung, bei der Behauptung gegen Behauptung liege, nicht im Interesse der weiteren Arbeit der Konferenz sein könne, die ja doch auch von uns gewünscht werde.

Französisch-polnische Vereinbarung über die Befestigung Oberschlesiens.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung). Berlin, 24. April. Letzter Tage haben hier wieder Besprechungen zwischen französischen Generalstabsoffizieren und einflussreichen Polenführern stattgefunden, die sich auf die Maßnahmen im Falle eines neuen ober-schlesischen Anfalls bezogen. Der Chef des Stabes des französischen Oberkommandos soll sich damit einverstanden erklärt haben, daß im Falle eines Anfalls die an der ober-schlesischen Grenze stehende 23. polnische Division sofort das Polen zugesprochene Gebiet besetzen soll.

Die Entscheidung über die Weichfeldbrüer.

Paris, 24. April. Wie aus Kreisen der Vorkonferenz zunächst mündlich verlautet, wurde in der Sitzung vom 21. d. M. in der Weichfeldfrage beschlossen, daß die Polen die Gesamtheit des ihnen zugesprochenen Gebietes auf dem rechten Weichfeldufer erst besetzen sollen, sobald die vorläufige deutsch-polnische Vereinbarung über die Befestigung der Weichfeldbrüer abgeschlossen ist. Weiter wurde beschlossen, die Grenzkommission aufzufordern, mit den Abheftungsarbeiten für die neue deutsch-polnische Grenze sofort zu beginnen. Endlich sollen die deutsche und die polnische Regierung erneut aufgefordert werden, die Verhandlungen der Sachverständigen zu beschleunigen. (W. T. B.)

Ein deutsch-finnisches Abkommen.

Am 22. d. M. wurde im Auswärtigen Amt nach mehrwöchigen Verhandlungen zwischen einer deutschen und finnischen Delegation ein Abkommen unterzeichnet, welches die Regelung dringender wirtschaftlicher Fragen betrifft. Es bezieht sich insbesondere auf die Regelung des gegenseitigen Verkehrs der Handelsreisenden, gewisser Fragen des beiderseitigen Schiffsverkehrs und Eisenbahnverkehrs und der Befugnisse der beiderseitigen Konsularbehörden. Das Abkommen enthält ferner eine Erklärung, wonach beide Teile bereit sind, demnachst in Verhandlungen über ein Wirtschaftsabkommen auf breiter Grundlage einzutreten. Das Abkommen unterliegt der Ratifikation durch die beiderseitigen Parlamente und tritt mit dem Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Verhaftung der Mörder des Grafen Mirbach. Der „Golos Rossii“ bringt die Meldung, daß die Mörder des ehemaligen deutschen Gesandten, Grafen Mirbach, namens Kamow, Trutowski und Majorow verhaftet und zur Aburteilung dem revolutionären Tribunal übergeben worden sind.

Trauerfeier für die in Berlin ermordeten Türken. Berlin, 24. April. Auf dem mohammedanischen Friedhof in der Hasenheide fand heute vormittag die Trauerfeier für die in der Uhlendstraße ermordeten Türken statt. Die Särge wurden heute vormittag nach dem Friedhof gebracht und in derselben Gruft beigesetzt, die schon die Leiche Talat-Paschas birgt. In der nächsten Zeit sollen die drei Särge gemeinsam nach Konstantinopel gebracht werden. Fast die gesamten Mitglieder der türkischen Kolonien nahmen an der Trauerfeier teil.

nischen ausländischen Verkehrsverbindungen zurück. Niemand kann die ungeheure Bedeutung dieser schweren Verluste für die deutsche Wirtschaft verstehen, die bei dem geringen deutschen Bedarf auf den Weltmarkt angewiesen ist. Der Auslandsmarkt muß uns aber zu lange verschlossen bleiben, als wir nicht Anstalten und Aufschüsse liefern können, die in wesentlicher Beziehung den ausländischen mindestens gleichwertig sind. Dazu kommt noch die Einrichtung der neuen Weltkontrollkommission, die in jede Fabrik einschneidet, jede neue deutsche Erfindung inspiert und die so ein wirksames Werkzeug der Spionage in der deutschen Industrie zu werden vermag.

Was an der Unterdrückung der deutschen Industrie und der Ausbeutung der deutschen Kontinente Englands das gleiche Interesse haben wie Frankreich, der in derselben Note gemachte Vorschlag zur Umwandlung und Hebelhaltung der Militärkontrolle in Poincarés ungeliebtes Werk. Es ist um so gefährlicher, als er es uns in schillerndem Gewande zeigt. Das Schlimmste der Kontrollkommissionenmitglieder auf Kosten des versammelten und ungeliebten deutschen Volkes, die Tatsache, daß ein französischer Offizier der Entente das Einkommen eines deutschen Ministers übertrifft, in eine der aufsehendsten Folgen der Versailler Schmach. Und wenn nun die Entente andeutet, daß die umfangreiche Kontrollkommission verschwinden und an ihre Stelle ein viel kleineres Militärkontrollkomitee treten soll, dessen Kosten die Entente trägt, so hat das unbedingt einen Zweck. Wir haben aber allen Grund, gegen jedes Einigenkommen Poincarés hinsichtlich zu sein. Tatsache ist, daß der ganze schließliche Kontrollapparat Weltweit unterstellt geworden ist; denn alle die Kräfte in deren Besitzung die Kontrollkommission einrichtet wurden, sind seit langem adalantien, die Bedingungen sind erfüllt, und laugt schon diese Koller den Berliner Stand von seinen Füßen gelöst haben müssen. Seine weitere Tätigkeit in Berlin ist ein glatter Bruch des Versailles-Vertrages, zu dem wir erst durch unsere Zustimmung geben sollen. Zwar haben wir nach Art 23 des Vertrages die Verpflichtung übernommen, jede vom Vorkonferenzrat für notwendig erachtete Untersuchung zu erleichtern, niemals aber kann aus diesem Artikel des Rechts zu einer permanenten Kontrolle Deutschlands abgeleitet werden. Es ist unser gutes Recht, von dem wir nicht abgeben können, die volle Befreiung Russlands und seiner Völkern zu fordern, und wir können es nicht zugeben, daß er als Leiter des neuen Kontrollkomitees nur die Firma wechselt. Wenn auch das verfeinerte Aufsichtsgremium nur von 20 Offizieren sein soll — unter denen die Franzosen merkwürdigerweise mit dem Vorsitzenden und 6 Offizieren weit an der Spitze marschieren — so kann dazu nach den Anordnungen der Vorkonferenzkonferenz das notwendige Organisationspersonal benannt werden, und da die Befugnisse des neuen Komitees dieselben sein sollen wie bisher, so bleibt alles beim Alten. Auch die in der Note vorgesehene Bezeichnung der Untersuchungsorgane bis zum Datum der Ratifikation der ersten Beschlüsse, also bis zu zwei Jahren, wird einmal durch die Einschränkung hinausgemacht, daß die alliierten Regierungen prüfen werden, ob die Umstände eine Beendigung zuzulassen, zum anderen dadurch, daß wir bis heute noch keine klare Entscheidung erhalten haben, ob die Befristung bereits zu laufen begonnen haben. Mit anderen Worten, General Koller hat es in der Hand, die Kontrolle und die noch viel einschneidendere Wirtschaftsspionage zu dauernden Einrichtungen zu machen.

Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß sich eine deutsche Regierung niemals dazu hergeben kann, freiwillig den Kopf in diese neue Schlinge zu stecken, wenn auch die Aussicht, den Gros sofort von jährlich nahezu 2 Milliarden Mark zu entlasten, verlockend erscheint. Mag heute mit Rücksicht auf Genua dieses Manöver Poincarés eine Nebenaktion sein. Sehr bald — spätestens nach Genua — werden Reparations-, Sanitäts- und Kontrollkommissionsfragen die entscheidenden Angriffsstellen bieten, und genau so wie sich Poincaré gegen das für Deutschland einseitig politische Ergebnis von Genua, den deutsch-russischen Vertrag, mit dem Buchstaben des Versailles wendet, müssen wir auf dem Buchstaben des Vertrages bestehen, wenn er die grundsätzliche Beilegung der Roteschuld vorzieht, dürfen wir Poincaré seine Handlungsmuster nicht lassen, wenn es gilt, den Vertrag in seinem Sinne zu umgehen.

Der Ententefeldzug gegen die Deutschen Werke.

Heber eine Interpellation, die der italienische Gewerkschaftsführer und sozialistische Abgeordnete Baglioni in der italienischen Kammer an der Sitzung der D. M. R. gegenüber der Deutschen Werke A. G. einbrachte, hatte der italienische Staatssekretär des Inneren Tosti geantwortet: Die alliierten Regierungen glauben, daß die Umstellung der Deutschen Werke nicht zu deren Bankrott führen könnte, sondern schrittweise nur zur Beschäftigungslosigkeit von 3000 Arbeitern, die in kurzer Zeit neue Beschäftigung finden könnten. Um die Interessen der Arbeiter zu wahren, habe die Vorkonferenz beschlossen, daß die gesamte Umstellung und Wofolgende die Vermittlung des Personals bis zur Aufhebung der interalliierten Kontrolle ausgedehnt werden könnte.

Diese Auffassung und die daraus hergeleitete Schlußfolgerung ist nicht richtig. Wenn die Beschränkungen aufrecht erhalten bleiben, die in der letzten Note der interalliierten Militärkontrollkommission vom 23. Febr. 1922 enthalten sind, dann ist die Umstellung und Wirtschaftlichkeit einzelner, durch die Note bedrohten Betriebe der Deutschen Werke A. G. völlig in Frage gestellt. Wenn das größte Werk, das Werk Spandau, wirtschaftlich und konformitätsfähig gestaltet werden soll, dann müssen die hierzu notwendigen technischen Einrichtungen geschaffen werden. Zur Aufrechterhaltung des vorhandenen „Martinerwerkes“ ist der Bau eines neuen, modernen Walzwerkes dringend notwendig. Diesen Bau verbietet aber die interalliierte Militärkontrollkommission. Ohne ein modernes Walzwerk muß das Martinerwerk stillgelegt werden. Das Stilllegen des Martinerwerkes würde folgensamer das Anhuberbetriebe der vorhandenen Pressen, Schmelzen und eines großen Teiles der Dreherei nach sich. Damit wäre dann aber die Wirtschaftlichkeit und das Aufrechterhalten des Werkes Spandau überhaupt in Frage gestellt.

Es kann also nicht davon geredet werden, daß nur etwa 3000 Arbeiter arbeitslos werden, es ist vielmehr bestimmt damit zu rechnen, daß durch die Maßnahmen der interalliierten Militärkontrollkommission das Werk Spandau überhaupt wegen Unwirtschaftlichkeit geschlossen werden muß. Damit würden aber etwa in Spandau 6000 Arbeiter und Angestellte betroffen werden, und die Lage dieser völlig unversichtlich und geradezu unmoralisch in die Arbeitslosigkeit dringenden Arbeiter erschweren sich noch dadurch, daß es sich zum allergrößten Teil um alleingehörte Stammarbeiter der früheren Betriebsbetriebe handelt, die infolge ihres vorgerückten Alters in anderen Betrieben nicht mehr untergebracht werden könnten. Zu alledem muß man dann aber auch noch betonen, daß das Stilllegen des Werkes Spandau nicht ohne Rückwirkung auf Schwesterwerke stehen kann, weil diese nur durch die Leistung des Werkes Spandau von fremden, privaten Firmen unabhängig gehalten werden könnten.

Die deutschen Heeresfunkstellen.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung). Berlin, 24. April. Nachdem die Verhandlungen der Heeresverwaltung mit der interalliierten Kontrollkommission zum Abschluß gelangt sind, werden nunmehr feste Heeresfunkstellen nur noch in Königsberg, Stettin, Spandau, Dresden, Garmisch, Gassel, Hannover, Rander, München, Nürnberg, Potsdam, Breslau und Frankfurt a. d. Oder, a. d. h. in Orten, wo die Nachrichtenformationen des Reichsheeres sich befinden, beibehalten.

Dresdner Nachrichten
Dienstag, 23. April 1922
Seite 2

Nr. 193

Der Sanja-Bund zur Maifeier.

Offener Brief an die kaiserliche Regierung. Der Sanja-Bund, Landesverband Sachsen, richtet durch folgende Geschäftsstelle in Leipzig an die kaiserliche Regierung folgenden offenen Brief:

In den letzten fünf Jahrzehnten hat sich das Deutsche Reich von einem Agrarstaat zum Industriestaat entwickelt. Nur hierdurch ist es möglich gewesen, den Millionenzuwachs der Bevölkerung dem Lande zu erhalten, während er sonst zur Auswanderung in fremde Länder gezwungen gewesen wäre.

Millionen von Deutschen: Kaufleuten, Angestellten und Handwerkerdingern wurde Gelegenheit zum Verdienst geschaffen durch die Intelligenz, die Umsicht und den Wagemut einer naturgemäß ziffermäßig kleineren Zahl von Personen, welche die richtigen Wege zur Erhaltung und zum wirtschaftlichen Aufstieg des Volkes klar erkannten und als seine wirtschaftlichen Führer in die Praxis umsetzten.

Es waren die gewerblichen Unternehmer, die das deutsche Volk ungeachtet seines Wachstums vor der Verelendung bewahrten und ihm die Möglichkeit eines menschenwürdigen Daseins schufen.

Die Landtagswahlen in Schaumburg-Lippe.

Die Verpfändung der bürgerlichen Stimmen. Hildesheim, 24. April. Bei den kürzlichen Wahlen zum Schaumburg-Lippischen Landtage wurden im ganzen 24 301 Stimmen abgegeben. Davon erhielten die Sozialisten 12 840, die Bürgerlichen 11 952 Stimmen.

Ein ungarisches Liquidationschädengesetz.

Berlin, 22. April. Der Entwurf eines Liquidationschädengesetzes hatte vielfach Ausstellungen erfahren. Er ist deshalb in einer Kommission umgearbeitet worden.

Die Anklageschrift gegen Kapitänleutnant Killinger.

Offenburg, 24. April. In der am 3. n. M. beginnenden Schwurgerichtsperiode wird gegen den Kapitänleutnant Killinger, in dessen Wohnung die Räder der beiden Mörder Erbbergers gefunden wurden, wegen Beihilfe zur Ermordung Erbbergers verhandelt werden.

Kunst und Wissenschaft.

Dresdner Theaterspielplan für heute. Opernhaus: Oberon (18); Schauspielhaus: Der Hiberner (18); Adersbiter Theater: Der Raub der Sabinerinnen (18); Central-Theater: Nixen (18).

Vertliches und Sächsisches.

Ueber 21 000 Wohnungsuchende in Dresden.

Die Zahl der beim Wohnungsamt eingereichten Wohnungsgesuche wuchs von Woche zu Woche. Bis zum 28. Februar sind insgesamt 40 110 Anträge gestellt worden.

Amorganisierung der amtschauptmannschaftlichen Kassenverwaltungen.

Wie vor kurzem gemeldet und inzwischen von zutändiger Seite auch bestätigt worden ist, haben sich bei einer vom Ministerium des Innern vorgenommenen Revision der Kasse der Amtschauptmannschaft Baubau Mithäde in der Kassenführung der Amtschauptmannschaft ergeben.

Gesprächstrennungen bei Fernmeldungen.

Wie bekannt, behält sich das Telephonamt vor, jedes im Gang befindliche Gespräch bei Umstellung eines Ferngesprächs von dritter Seite zu unterbrechen.

Todesfall. Der Direktor der Handelschule in Leipzig.

Der Direktor der Handelschule in Leipzig Studiendirektor Geheimrat Professor Dr. Adler ist am Sonntag plötzlich gestorben.

Postdienst Dresden-Bremen.

Der Deutsche Postbund hat die Preise für Personenbeförderung wie folgt herabgesetzt: Dresden-Leipzig 200 Mk., Leipzig-Magdeburg 250 Mk., Magdeburg-Hannover 300 Mk., Hannover-Bremen 250 Mk.

Der Alte Tierärztliche Verein hat an den Vorstand.

Nachher Zeit über das Hundeschutzgesetz beraten wird, ein Gehalt gerichtet, durch Gesetz zu ordnen, das beherrschende Personen, die sich einen Hund aus alter Anhänglichkeit oder aus Notwendigkeit, z. B. zur Sicherung der Wohnung halten, von der Hundsteuer befreit werden, oder die Steuer ermäßigt wird.

Spenden für die Altershilfe.

Beim Ortsausflug sind eingegangen u. a. Sammlung Dr. Scheun 615 Mk., Irma Gebr. Klinge 300 Mk., Maurice Hoch 288 Mk., Sammlung Brautenthal 1637 Mk., Telephonamt (Betriebskassensammlung) 1175 Mk.

Reinigung der leitenden Angestellten in Handel und Industrie (Wela).

In der Monatsversammlung vom 21. April der Ortsgruppe Dresden war das Referat des Oberingenieurs Wittich über die vierte Hauptversammlung der Wela von Bedeutung.

Als Obergerichte wurden verpflichtet: Kammerlangerin Daurer-Kottler, Frankfurt a. M., Kammerlangerin Kurt, Neuport, Marie Schulz-Dornburg, Hannover, Else Schulz-Dornburg, Leipzig, Kammerlangerin Bojetti, München.

Theaterstandal in Frankfurt a. M. Sie und ein eigener Theaterbericht aus Frankfurt a. M. meldet, kam es im Frankfurter Schauspielhaus bei der Uraufführung des von Arnold Bronnen verfassten Schauspiel „Watermord“ zu einem Theaterstandal.

Eine Woche der Lebenden in Nürnberg.

Stadtheater bringt im Mai am Nürnberger Stadttheater überhard Königs „Filippo Strozzi“ (Uraufführung), Ulrichs „Prinz Louis Ferdinand“, Toller's „Bambule“, v. d. Goltz's „Bater und Sohn“, Georg Kaiser's „Gezeiten: Alibiabende“ und Hans Juchs's „König“ zur Aufführung.

Eine Weimar-Stiftung zur Erhaltung der Kunsthätten in Weimar.

Die Weimar-Stiftung zur Erhaltung der Kunsthätten in Weimar ist von der Gebietsregierung S. Weimar ins Leben gerufen worden. Die Gemeindeglieder der Stadt Weimar sind an der Stiftung beteiligt, indem sich die Stadt verpflichtet, die Ausgaben der Stiftung anzuerkennen.

Unterstützung der Deutschen Wissenschaft.

Die Deutsche Argentinien überweisen dem Untersuchungsamt der Universität Marburg die Summe von 20000 Mark.

Von österreichischen Dichtern.

Hermann Babl wird baldigst Salzburg verlassen und von 1. Mai ab dauernd in München seinen Aufenthalt nehmen, wo seine Frau Anna Babl-Wildenburg seit Jahren als Gehilfin Lehrerin und Regisseurin an der Oper wirkt.

Mag Maria v. Weber.

Geboren am 25. April 1822. Am 26. Januar 1822 wurde der „Freischütz“ zum ersten Male in Dresden mit ebenso durchschlagendem Erfolge aufgeführt wie im Juni vorher in Berlin.

Vertical text on the left margin, likely a page number or index reference.

Vertical text on the right margin, likely a page number or index reference.

